

Fortbildungskonzept Einfach Demokratie?!

für pädagogische Fachkräfte
in der sozialen Arbeit
und beruflichen Bildung

Freundlich gefördert
durch die



Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund (IB)

IB Berlin-Brandenburg gGmbH

Kerstin Ewert, Niels Spellbrink – Geschäftsführung

Rigaer Str. 44, 10247 Berlin

Tel: 030 629017-0

E-Mail: berlin-brandenburg@ib.de

www.ib-berlin.de, www.ib-brandenburg.de

Handelsregister Frankfurt am Main, HRB 99698

Berlin, im Mai 2024

Text: Ralph Döring unter Mitarbeit von Carolin Reif, Stefan Knauer
und Andrea Zimmer

Grafik, Layout, Satz: Kraus Grafik, Berlin

Das Fortbildungskonzept ist entstanden im Projekt „Einfach Demokratie?!
Entwicklung und Erprobung von Erfolgsformaten einer inklusiven
politischen Bildung“.

Freundlich gefördert
durch die



Inhalt

- 4 Einleitung
- 5 Zielgruppen und Ziele der Fortbildung
- 5 Explizite und implizite politische Bildung
- 6 Der Beutelsbacher Konsens und weitere didaktische Prinzipien einer inklusiven politischen Bildung
- 10 Neun-Tages-Reihe zur inklusiven politischen Bildung mit den Schwerpunktthemen Demokratie und Menschenrechte
- 15 Gute Methoden für eine inklusive politische Bildung

1. Einleitung

Dieses Fortbildungskonzept richtet sich an pädagogische Fachkräfte in der sozialen Arbeit und in der beruflichen Bildung. Dabei stehen die Kerninhalte einer niedrigschwelligen politischen Bildung im Fokus: *Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform* sowie die *Allgemeinen Menschenrechte*. Das Konzept ist hervorgegangen aus dem dreijährigen Projekt „Einfach Demokratie?!“ des Internationalen Bund – IB Berlin-Brandenburg gGmbH, das von der Lottostiftung Berlin gefördert wurde.

Mit diesem „Transferprodukt“ sowie der ergänzenden Methodensammlung wollen wir Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt intern und an andere Träger in den genannten Arbeitsfeldern weitergeben.

Das Projekt hatte folgende prioritäre Ziele:

- Zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Seminare, Workshops und Aktionsformate einer inklusiven politischen Bildung erproben und auswerten. „Inklusiv“ wurde im Projekt in der weiten Definition verstanden: möglichst viele Menschengruppen einschließend. Damit wollten wir sowohl einen direkten Nutzen für die Zielgruppen, als auch den Rahmen für eine Weiterentwicklung der angewandten Konzepte, Methoden und Formate schaffen.
- Didaktisch geeignete Formate und Methoden für eine inklusive politische Bildung explorieren, (weiter) entwickeln und erproben, vor allem für folgende Zielgruppen: bildungsbenachteiligte, darunter v. a. lernbeeinträchtigte oder erst seit kurzem in Deutschland angekommene Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund.
- Fachkräfte der sozialen Arbeit und beruflichen Bildung, die mit den genannten Zielgruppen arbeiten, dazu befähigen, Aspekte politischer Bildung in ihre tägliche Arbeit einzubauen und dabei die neuen Methoden und Formate zu nutzen.

Bei der Antragstellung und zu Projektbeginn gingen wir von zwei Annahmen aus, unter denen wir die Aktivitäten im Projekt strukturiert und geplant haben:

Politische Bildung kann – sowohl in der sozialen Arbeit als auch in der beruflichen Bildung – ein zusätzliches Moment sein, das in expliziten Formaten (wie etwa Demokratie-Camps oder Aktionstage) ergänzend zum „Regelgeschehen“ angeboten wird. Dafür benötigen die handelnden Fachkräfte zum einen inhaltliche Fortbildungen zu Kernthemen wie *Demokratie* und *Menschenrechte*, die häufig nicht in ihrer eigenen Ausbildung vermittelt wurden. Zum anderen sollten ihnen geeignete Methoden für selbst veranstaltete und geleitete Formate zugänglich gemacht werden.

In der pädagogischen Alltagspraxis in der sozialen Arbeit und beruflichen Bildung spielt politische Bildung „schon immer“ eine implizite Rolle, da sich die handelnden Personen in formellen (Unterricht, Ausbildung, Beratung, Gruppenstunden etc.) wie informellen Gesprächen mit ihren Klient*innen und Teilnehmenden mit deren politischen Meinungen und Gedanken befassen (müssen). Dazu wurden vor allem spezifische Kommunikations- und Argumentationstrainings eingeplant, die sich aus Sicht der Fachkräfte auch als hilfreich erwiesen.

2. Zielgruppen und Ziele der Fortbildung

Zielgruppen der Fortbildung im Sinne dieses Konzeptes sind pädagogische Fachkräfte, wie Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen, Ausbilder*innen aus der beruflichen Bildung und Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigungen sowie Sozialarbeiter*innen in Feldern wie den Erziehungs-, Eingliederungs-, Geflüchteten- und Wohnungslosenhilfen.

Ziele der Fortbildung in ihrem Kontext können zum Beispiel sein:

- Pädagog*innen didaktisch und methodisch so weiterzubilden, dass sie in der Lage sind, mit ihren Klient*innen (Bewohnenden, Auszubildenden etc.) politische Themen, Fragen und Kontroversen zu behandeln.
- Sie darauf vorzubereiten, als Multiplikator*innen ihre nicht einschlägig vorgebildeten Kolleg*innen sowohl bei politisch aufgeladenen Situationen im Einrichtungsalltag zu unterstützen, als auch bei der Umsetzung expliziter Angebote.

3. Explizite und implizite politische Bildung

In Sozialarbeit und Berufsbildung gibt es zwei grundverschiedene Ausgangslagen, die jeweils unterschiedliche Vorgehensweisen der politischen Bildung verlangen:

Zum einen gibt es Bildungssituationen mit einem formellen Rahmen, wie in Maßnahmen der beruflichen Bildung sowie in klar abgegrenzten Gruppenaktivitäten der sozialen Arbeit. Um hier professionell zu agieren, benötigen die Fachkräfte Kenntnisse, die sie befähigen, ihr Klientel in Workshops, Camps und fortlaufenden Kursen zur Auseinandersetzung mit politischen Fragen hinzuführen. Aus dem Einrichtungsalltag herausgehoben wird in diesen Formaten *explizit* politisch gebildet. Dafür brauchen Pädagog*innen, die nicht mit politischer Bildung vertraut sind,

- eigene Auseinandersetzung mit und Wissen über politische Themen,
- grundlegende Kenntnisse der Didaktik und Planung politischer Bildungseinheiten,
- methodisches Knowhow zu dessen Weitervermittlung.

Zum anderen ziehen sich durch den pädagogischen Alltag von Sozialarbeiter*innen, Ausbilder*innen und Anleiter*innen, Lehrkräften etc. Situationen und Aspekte, die zur informellen politischen Bildung aufgegriffen werden können – eventuell auch, ohne als solche gesehen zu werden. In ganz alltäglichen Situationen in den Einrichtungen geht es darum, mit möglichen antidemokratischen und/oder menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen von Teilnehmenden – oder auch Kolleg*innen – professionell umzugehen und ihnen demokratische, pluralistische Leitbilder und Handlungsoptionen entgegenzusetzen. Genau dies haben wir *implizite* politische Bildung genannt, für die sich Pädagog*innen ebenso gezielt fortbilden können, wie zu den oben beschriebenen expliziten Formen.

Für beide Formen und Settings der politischen Bildung haben sich Fachkreise in Deutschland – zunächst ausgehend vom schulischen Politikunterricht – schon vor rund 50 Jahren auf allgemeine pädagogische Grundsätze und in den letzten Jahrzehnten auch auf spezifische didaktische Prinzipien einer außerschulischen, inklusiven politischen Bildung verständigt.

4. Der Beutelsbacher Konsens und weitere didaktische Prinzipien einer inklusiven politischen Bildung

Der Beutelsbacher Konsens

Seit Ende der 1970er-Jahre stellt der sogenannte Beutelsbacher Konsens eine zentrale Leitlinie der demokratischen politischen Bildung in Deutschland dar. Wir halten ihn auch im 21. Jahrhundert noch für eine unverzichtbare didaktische Basis politischer Bildung, unabhängig von Setting, Zielgruppe und Thematik im Einzelnen und haben ihn deshalb an den Beginn unserer Fortbildungsreihe gestellt.

Um ihn zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick in die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hilfreich: Ab 1945 entwickelte sich in Westdeutschland eine demokratisch orientierte politische Bildung, die in ihrer Abgrenzung von der politischen Erziehung insbesondere im Dritten Reich einen gemeinsamen Fixpunkt hatte. Allerdings wurden im Zuge der Verwissenschaftlichung und der Entwicklung erster didaktischer Konzeptionen auch ideologische Unterschiede zwischen eher links- und eher konservativ orientierten Zugängen zur politischen Bildung deutlich, die sich im Laufe der 1960er- und 1970er-Jahre weiter zuspitzten.

1976 lud die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Repräsentant*innen aller politischen Strömungen aus den damaligen Bundesländern zu einer Tagung nach Beutelsbach ein. Die im Beutelsbacher Konsens zusammengefassten Prinzipien wurden allerdings auf der Tagung nicht formal beschlossen, sondern erst in der Tagungsdokumentation von Hans-Georg Wehling aus den Beiträgen und Diskussionen der Veranstaltung

in dieser Klarheit herausgearbeitet. (Gloe, Tonio Oeftering 2020: Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung. In: Meyer, D./Hilpert, W./Lindmeier, B. (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung, S. 87-132).

Der Beutelsbacher Konsens umfasst im Wesentlichen folgende drei Grundsätze:

1. Überwältigungsverbot

„Es ist nicht erlaubt, den Schüler – *und natürlich auch die Schüler*in (Anm. der Red.)* – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers (*sic*) in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers (*sic*)“ (Hans-Georg Wehling 1977: Konsens à la Beutelsbach. In: Schiele, Siegfried / Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, S. 179-180).

2. Kontroversitätsgebot

„Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer – *oder die Lehrer*in (Anm. der Red.)* – nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (*sic*) und anderen Teilnehmern (*sic*) politischer Bildungsveranstaltungen von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind...“ (ebd.).

3. Teilnehmerorientierung / Interessenlage

„Der Schüler – *und die Schüler*in (Anm. der Red.)* – muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.“ (ebd.).

Seit der Veröffentlichung der Tagungsdokumentation war und ist der Beutelsbacher Konsens Gegenstand teils lebhafter Diskussionen. Ein immer wiederkehrender Kritikpunkt ist, dass die Kehrseite des Kontroversitätsgebots ein Neutralitätsgebot sei, welches zur Entpolitisierung der politischen Bildung beitrage, weil reale Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht ausreichend in den Blick genommen würden. Hierbei handelt es sich nach herrschender Meinung allerdings um Fehlinterpretationen, denn eine solche Vorstellung findet sich

weder in Wehlings Formulierung zu den Beutelsbacher Ergebnissen noch in der nachfolgenden politikdidaktischen Diskussion. Eine kontroverse Darstellung der Unterrichtsinhalte bedeutet ja gerade nicht, dass die Lehrkraft keine eigenen Positionen haben und aufzeigen darf.

Die Herausforderung für die Lehrkraft besteht vielmehr darin, die eigene Position auf eine nicht überwältigende Art und Weise in den Unterricht einzubringen, also dabei auch gegenläufige Meinungen darzustellen. Ein schmaler Grat, denn Lehrende werden immer auch als (positive oder negative) Vorbilder wahrgenommen, deren Überzeugung tatsächlich verinnerlicht oder auch nur aus Opportunismus übernommen werden kann. Unserer Auffassung nach sollte die pädagogische Fachkraft sogar ihre eigene Meinung einbringen, wenn sie anhand ihrer „Antennen“ und ihrer Erfahrung davon ausgehen kann, dadurch die selbstständige Meinungsbildung der ihr Anvertrauten zu unterstützen. Das gilt für schulische politische Bildung ebenso wie für außerschulische und ganz besonders für die oben näher beschriebene implizite. Denn ohne eigene Meinungsäußerung verliert die Fachkraft leicht an Glaubwürdigkeit.

Ergänzend wird mehrheitlich von einer Grenze des Kontroversitätsgebots ausgegangen: Werden die zentralen Grundprinzipien unserer Verfassung (Menschenwürde, Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit) infrage gestellt oder gar verletzt, ist es geradezu die Pflicht der Lehrkraft, keine neutrale Position einzunehmen, sondern diese Grundprinzipien zu verteidigen und klar für sie einzutreten (Gloe/Oeftering 2020, a.a.O.). Die Crux ist hier: wie trete ich klar für die Grundprinzipien ein, ohne die Schüler*innen/ Teilnehmenden „abzuzanzeln“ und/oder dem Narrativ der „Meinungsverbote“ Nahrung zu geben.

Als Erweiterung und Modernisierung des Beutelsbacher Konsens versteht sich die „Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung“. Sie wurde im Juni 2015 von 19 Wissenschaftler*innen sowie Praktiker*innen der politischen Bildung erarbeitet und erstunterzeichnet, die sich im „Forum kritische politische Bildung“ zusammengeschlossen hatten. Bis heute sind laut Homepage weitere 224 Unterzeichnende hinzugekommen. Die Erklärung gilt in weiten Kreisen der Lehrenden politischer Bildung als wichtiger Bezugspunkt einer neuerlichen Selbstverständigung.

Didaktische Prinzipien einer inklusiven politischen Bildung

Weitere wichtige didaktische Prinzipien einer inklusiven politischen Bildung werden sehr gut nachvollziehbar dargestellt von Annette Wallentin und Anna Groß in der Publikation „Politische Bildung in der Grundbildung – Eine Materialsammlung für die Praxis“. Die Broschüre wurde 2017 von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben

und ist dort nach wie vor kostenlos erhältlich. Wir greifen hier gerne auf diese Veröffentlichung zurück, weil sie sich auf Zielgruppen bezieht, die den für unser Projekt relevanten weithin entsprechen, und sich ebenfalls praxisorientiert versteht.

Didaktik befasst sich damit, wie wirksames Lernen am besten erreicht werden kann. Dabei sind die Lernziele ebenso wichtig wie die Lerninhalte, die Methoden und der Aufbau einer Bildungsveranstaltung. Es entspricht den Erfahrungen in der Sozial- und Bildungsarbeit, dass viele Menschen, insbesondere in sozioökonomisch benachteiligten Lebenslagen, sich selbst als weitab von Politik sehen, vorderhand nicht an Politik interessiert sind und sich nicht politisch betätigen. Wenn sie aber auf Fragen ihrer eigenen Lebenswelt, ihres unmittelbaren Erfahrungs- und Interessenbereichs angesprochen werden, stellt sich das meist anders dar.

Politik liegt auf der Straße

Der erste, sehr wichtige Punkt für eine gelingende Zielgruppenansprache ist es also, mit einem weiten Begriff von Politik zu arbeiten, entsprechend dem Verständnis von *Demokratie als Lebensform* (nach Himmelmann). Annette Wallentin hat beim ersten Fachtag unseres Projektes Ende 2022 in ihrem Vortrag das Motto „Politik liegt auf der Straße“ sehr plastisch dargestellt, als sie auf einem einzigen Foto von einer belebten städtischen Straßenkreuzung mindestens acht Politikfelder identifizierte, die für die abgebildeten Bewohner*innen objektiv (und meist auch subjektiv) von Bedeutung sind und mit Mitteln der politischen Bildung auf ihre gesellschaftlichen Hintergründe diskutierbar gemacht werden können. Wallentin nennt dies „Interessens- und Erfahrungsorientierung“ (a.a.O., S. 9), andere nennen es „Lebensweltorientierung“. Letztlich sind beides neuere, erweiterte Begrifflichkeiten für den oben beschriebenen dritten Grundsatz des Beutelsbacher Konsens.

Explizit Lehrende und implizit Vermittelnde einer inklusiven politischen Bildung können und sollten diesem Prinzip folgend, an die Lebenswelt, das Erfahrungswissen, die Kommunikationsformen der Menschen anknüpfen, um bei diesen „anzukommen“ und ein (gegenseitiges) Lernen möglich zu machen. Als pädagogische Fachkraft lerne ich dabei, was für die Zielgruppe Relevanz enthält, wie sie lernt und wie ich das unterstützen kann.

Wir sind mit Wallentin weitgehend einig, bis auf ihre Empfehlung, sich für die politische (Grund-) Bildung der Leichten oder Einfachen Sprache zu bedienen. Im Laufe unseres Projektes kamen wir, nach anfänglicher Orientierung in diese Richtung, davon ab, weil sich in den Workshops gerade mit lernbeeinträchtigten und bildungsbenachteiligten Teilnehmenden schon früh zeigte, dass es zwar wichtig ist, als Pädagog*in verständlich zu bleiben, dies aber nicht notwendig macht, Sprachkonventionen anzuwenden, die dazu (ver-)führen können, die gesellschaftliche Komplexität zu sehr zu reduzieren.

Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen

Das zweite wesentliche didaktische Prinzip einer inklusiven politischen Bildung ist es, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen. Dies kann zum Beispiel in einer Workshop- oder auch Alltagssituation darin liegen, eigene Interessen in einer Gruppe zu äußern und zu vertreten. „Die Teilnehmenden werden – anders als in der klassischen Sozialarbeit – nicht ‚betreut‘, sondern als politische Subjekte angesprochen, die in der Bildungssituation darin unterstützt werden, ihre Rechte wahrzunehmen“. Die Pädagog*innen treten dabei idealerweise als „Lerner möglicher*in“ auf (ebenda).

Exemplarisches Lernen

Mit dem dritten Prinzip Exemplarisches Lernen ist gemeint, dass in der Lernsituation an realen Beispielen aus dem Lebensalltag verdeutlicht und geübt wird, wie eigene Interessen erkannt, formuliert und vertreten werden können (ebenda). Dabei können auch und gerade umstrittene Themen aus der eigenen Einrichtung aufgegriffen und in der Gruppe durchgearbeitet werden. Ein solcher Ansatz führt schnell zur Frage nach Möglichkeiten der „Partizipation in der Einrichtung“ und der Chance, genau dadurch Selbstwirksamkeitserfahrungen zu fördern. Im Kontext der Sozialarbeit und Berufsbildung kann dabei allerdings leicht ein Ziel- oder Rollenkonflikt für die Fachkräfte entstehen, sind sie doch nicht nur politisch bildend, sondern zugleich verpflichtet, für stabile Rahmenbedingungen, z. B. eine Kurs- oder Hausordnung zu sorgen. Damit beginnt eine pädagogische Gratwanderung, die nur mit Erfahrung in Gruppen arbeitet und Gespür für Menschen gut zu bewältigen ist. Hinzu kommt, dass Modelle der Partizipation von Klient*innen auch in den Einrichtungen und bei den Fachkräften aus Angst vor dem Ungewohnten und der Infragestellung geltender (hierarchischer) Prinzipien nicht selten auf Widerstände stoßen.

In unserem Projekt war uns wichtig, diese didaktischen Prinzipien und bei der Umsetzung sinnvollen pädagogischen Haltungen gleich in den ersten beiden Modulen und danach möglichst in allen Fortbildungsteilen, quer zum jeweiligen Tagesthema zu transportieren.

5. Neun-Tages-Reihe zur inklusiven politischen Bildung mit den Schwerpunktthemen Demokratie und Menschenrechte

Unsere Fortbildungsreihe erstreckte sich über einen Zeitraum von knapp zweieinhalb Jahren und bestand aus neun Modulen von jeweils einem Fortbildungstag, die aufeinander aufbauend konzipiert waren. Alle Teile wurden – auch unter Corona-Bedingungen – in Präsenz umgesetzt, da wir davon ausgehen, dass dies eine bessere Lernatmosphäre, eine umfassendere gegenseitige Wahrnehmung der Fachkräfte und mehr partizipative Formen der Evaluation ermöglicht.

Die Reihe begann im ersten Projektjahr mit zwei Tagen zu Grundlagen der politischen Bildung im Allgemeinen, der Demokratiebildung im Besonderen und zum Rollenverständnis von Sozialpädagog*innen als Demokratiefördernde. Daran schloss sich im zweiten Jahr ein Kommunikationstraining für eine demokratische Streitkultur, drei Tage zur Menschenrechtsbildung und zum Umgang mit rassistischen Diskriminierungen an. Im letzten Projektjahr rundeten ein weiteres Argumentationstraining sowie je ein Seminar zum Umgang mit Verschwörungserzählungen und zum Thema Klassismus die Reihe ab.

Die Reihe wurde so konzipiert, dass sie inhaltlich sowohl für die implizite wie die explizite politische Bildungsarbeit im oben beschriebenen Sinne Nutzen bringt. Zu Beginn des Projektes konsultierten wir interessierte Fachkräfte des IB in Form einer einfachen schriftlichen Befragung, welche Fortbildungsthemen sie im Kontext ihrer Arbeit als besonders relevant erachteten. Dies gab uns wesentliche Hinweise für die ursprüngliche Ausgestaltung der Fortbildungsmodule.

Im Laufe des ersten Jahres wurde zunehmend deutlich, dass die teilnehmenden Fachkräfte in ihrem Einrichtungsalltag zum überwiegenden Teil auf implizite politische Bildungsimpulse setzen (müssen). Sie kommen vergleichsweise selten in die Situation, selbst explizite Formate zu gestalten, wie beispielsweise die Demokratie- und Menschenrechtscamps in den Erziehungshilfen. Eine zentrale Ursache dafür ist die angespannte Arbeitsituation in den Einrichtungen, wegen unzureichender Personalausstattung aufgrund entsprechender Vorgaben der Leistungsträger. Zur Realisierung expliziter Formate können sie zudem auch externe Profis der politischen Bildung hinzuziehen. Dann agieren sie selbst eher in ihrer gewohnten Rolle als sozialpädagogische Betreuung und Begleitung, sind aber weiterhin als implizite politische Bildner*innen gefragt. Deshalb verstärkten wir im Projektverlauf zunehmend die Fortbildungsanteile, die geeignet sind, informelles, aber dennoch professionelles Handeln zu unterstützen, gegenüber denjenigen, die auf ein vermehrtes Angebot eigener expliziter Formate durch die pädagogischen Fachkräfte hinwirken sollten.

Eine zweite Befragung der interessierten Fachkräfte und Einrichtungen des IB zu den gewünschten Fortbildungsthemen führten wir in der Mitte der Projektlaufzeit durch, um ggf. veränderte Bedarfe und Interessen in die weitere Projektplanung einzubeziehen. Dieses partizipative Vorgehen erwies sich als zielführend, so dass wir es jeder anderen Organisation ans Herz legen.

Insgesamt ergab dies eine Fortbildungsreihe „Einfach Demokratie?!“ mit den folgenden neun Modulen, die wir für die weitere Anwendung beim IB ebenso wie bei anderen Trägern empfehlen. Selbstverständlich können dabei eigene Abwandlungen – je nach praktischem Handlungsbezug – vorgenommen werden. Die Module wurden im Rahmen des Projekts von externen Fortbildungs- und Beratungsträgern sowie freiberuflichen Trainer*innen in

Einfach Demokratie?!

Abstimmung mit uns konzipiert und durchgeführt. Wir danken allen Beteiligten, die bei den einzelnen Modulen als Urheber*innen genannt sind, auch wenn wir für diese Publikation kleine Abwandlungen der Titel und Beschreibungen vorgenommen haben.

Modul 1: Grundlagen der Demokratieförderung im Einrichtungsalltag

Urheberschaft: MBT – Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung, ebenso für das folgende Modul 2

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Demokratische Wertvorstellungen der Fachkräfte in der Arbeit
- Didaktische und methodische Grundlagen der Demokratiebildung (u.a. Beutelsbacher Konsens)
- Welche Demokratiekompetenzen sind für pädagogische Fachkräfte wichtig?
- Welche Kompetenzen wollen wir bei den Teilnehmenden, Klient*innen, Bewohner*innen fördern?

Modul 2: Ich als Demokratieförder*in – Professionelle Haltung und Methoden

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Wie kann ich als pädagogische Fachkraft bei meiner Zielgruppe demokratiefördernd wirken?
- Welche professionellen Haltungen fordert meine Rolle?
- Was benötige ich dazu als „Handwerkszeug“? Methoden, Argumentationstraining, kollegiale Beratung etc.
- Demokratieförderung und Partizipation als Thema in der eigenen Einrichtung

Modul 3: Kommunikationstraining für eine demokratische Streitkultur

Urheber: Max Barnewitz (Siegen)

Inhaltliche Schwerpunkte:

- „Streitet euch!“ Wie wirkt Streit auf und für eine Demokratie?
- Werte, Gegenwerte und das Denken in Dilemmata (in Anlehnung an Friedemann Schulz von Thun)
- Haltung im Umgang mit Stammtischparolen und populistischen Aussagen
- Ziele und Grenzen politischer Auseinandersetzungen
- Vorstellung möglicher Interventionstechniken mit Ausprobieren in Kleingruppen & Reflexion

Modul 4: „Mensch, Du hast Rechte“ – Menschenrechte als zentrale Bezugspunkte der sozialen Arbeit und politischen Bildung, Teil 1: Gesellschaftliche Werte, rechtliche und geschichtliche Hintergründe

Urheberin: Martha Bienert (Berlin), ebenso für das folgende Modul 5

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Gemeinsame Reflexion von grundlegenden (persönlichen und gesellschaftlichen) Werten
- Begriffsklärung: Diskriminierungsformen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Erscheinungsformen rassistischer und klassistischer Diskriminierung
- Institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen
- Geschichtlicher Hintergrund: Meilensteine der Entwicklung der Menschenrechte
- Werden Menschenrechte vom Staat hinreichend geschützt?
- Was kann die Zivilgesellschaft zum Menschenrechtsschutz beitragen?
- Perspektivenwechsel von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu marginalisierten Gruppen: Welche Rolle spielen ihre Interessenorganisationen beim Menschenrechtsschutz?
- Welche Erfolge wurden beim Schutz der Menschenrechte erreicht?

Modul 5: „Mensch, Du hast Rechte“ - Menschenrechte als zentrale Bezugspunkte der sozialen Arbeit und politischen Bildung, Teil 2: Perspektivenwechsel, Praxisbeispiele, Erprobung eigenen Handelns

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Menschenrechte in der Alltagspraxis: Was kann ich persönlich, v.a. im Arbeitsleben tun, wenn Menschenrechte verletzt, Menschen diskriminiert werden?
- Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie: Wie und warum reagieren Individuen auf erlebte Diskriminierungsfälle in bestimmten Weisen?
- Erfolgreiche Wege der Kommunikation und individuellen Reaktion, wenn es in Beruf und Alltag zu Diskriminierungen kommt: De-Railing und Re-Railing
- Praktische Erprobung neuer Handlungsstrategien in nachgestellten Situationen
- Diskussion von Vor- und Nachteilen verschiedener Reaktionsweisen und Ableitung von Best Practice-Beispielen

Modul 6: Handeln gegen Diskriminierung im Einrichtungsalltag – Religion und Rassismus

Bei diesem und dem folgenden Modul 7 können selbstverständlich auch andere Formen der Diskriminierung in den Fokus genommen werden, wie z. B. Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus.

Urheberschaft: ufuq.de (Berlin)

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Antimuslimischer Rassismus: Welche Vorurteile sind weit verbreitet, welche (unbewussten) Vorurteile habe ich selbst?
- Welche Rolle spielt meine persönliche Haltung zu Religion? Was verbirgt sich z. B. hinter dem Begriff „Islamkritik“?
- Verhältnis zwischen Alltags- und strukturellem Rassismus
- Stärkung von Menschen, die Erfahrungen mit muslimfeindlichem Rassismus, auch vermischt mit anderen Diskriminierungen haben

Modul 7: Klassismus? Doch nicht bei uns!? Machtstrukturen in sozialen Berufen

Urheberschaft: kikk-kollektiv (Berlin)

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Was genau ist persönlicher, was ist struktureller Klassismus? Wie und wo zeigt er sich? Wie trägt er zur Aufrechterhaltung einer Klassengesellschaft bei?
- Reflexion über eigene klassistische Vorurteile und Klassismuserfahrungen mit einem biografischen Ansatz
- Welche Rolle spielt Klassenzugehörigkeit bei der Ausbildung und Tätigkeit als Sozialarbeiter*in, Pädagog*in, Erzieher*in?

Modul 8: Argumentationstraining „Widersprechen für Demokratie“

Urheberschaft: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (Berlin)

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Sensibilisierung für ausgrenzende und abwertende Äußerungen
- Mechanismen von Vorurteilen und Diskriminierung
- Ansätze der gewaltfreien Kommunikation und der systemischen Beratung
- Kommunikationsstrategien, um den eigenen Standpunkt zu verdeutlichen, Grenzen zu begründen, Wertekonflikte aufzuzeigen, mit dem Gegenüber ins Gespräch zu kommen und Betroffene zu stärken
- Reflexion der eigenen (beruflichen) Haltung

- Bearbeitung von Praxisbeispielen aus dem eigenen (Berufs-) Alltag und Erproben kommunikativer Handlungsmöglichkeiten

Modul 9: Pädagogischer Umgang mit Verschwörungserzählungen

*Dieses Modul haben wir aufgrund der aktuellen Virulenz der Problematik unter den Klient*innen sozialpädagogischer Arbeit und Teilnehmenden in der Berufsbildung ins Fortbildungskonzept aufgenommen. Mit ähnlicher Berechtigung wären u. E. hier auch Themen wie Fake News oder Hate Speech in sozialen Medien zusätzlich oder stattdessen möglich.*

Urheberschaft: fa:ve – Fachstelle Verschwörungserzählungen (Berlin)

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Was ist eine Verschwörungserzählung, was ist Verschwörungsglaube?
- Gibt es Personengruppen, die besonders dazu neigen?
- Verschiedene Typen, Merkmale, psychologische Wirkungsweisen, Verbreitung und Geschichten von Verschwörungserzählungen
- Wie kann ich im Einrichtungsalltag pädagogisch-professionell mit Klient*innen und Teilnehmenden, die verschwörungsinteressiert oder -gläubig sind, umgehen?
- Welche Umgangsweisen passen zu welchen Typen von Verschwörungserzählungen bzw. Verschwörungsglauben?

6. Gute Methoden für eine inklusive politische Bildung

Im Zuge sowohl der Workshops mit Klient*innen und Teilnehmenden als auch der Fortbildungen kristallisierte sich eine ganze Reihe guter Methoden für eine inklusive politische Bildung heraus. Sie sind aufbereitet in der Methodensammlung, die dieses Fortbildungskonzept ergänzt. Damit wollen wir es pädagogischen Fachkräften erleichtern, sich geeignete Methoden für eine niederschwellige, lebensnahe politische Bildung anzueignen.

Digital ist die **Methodensammlung** zusammen mit vorgefertigten Arbeitsmaterialien, weiterführenden Literaturhinweisen und drei Lernvideos, in denen mehrere von uns erprobte Methoden anschaulich dargestellt werden, hier zu sehen:

<https://einfach-demokratie.ib-berlin.de>



Einfach Demokratie?!

Menschsein
stärken

